



Meine letzte Sitzungswoche im Bundestag
(Seite 4)



LINKE-Kreistagsfraktion spendet für
Warmisdorfer Sportverein (Seite 5)



Ehrfurcht vor dem großen Meister
(Seite 5)

DIE LINKE ZEITUNG

06/2018

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Pflegenotstand und kein Ende?

Interview mit den Bundestagsabgeordneten
Sahra Wagenknecht und Pia Zimmermann



Pflegenotstand stoppen; Foto: privat

Wir sprachen vor einem Jahr schon einmal über den Pflegenotstand. Was hat sich seitdem verändert?

Sahra Wagenknecht (Fraktionsvorsitzende): Der Pflegenotstand hat sich weiter verschärft. Ich merke aber auch, wie sich die Wut der Pflegekräfte, der Pflegebedürftigen und der Angehörigen zunehmend Gehör verschafft. Wir waren alle Zeugen, wie ein junger Azubi in der Krankenpflege die Kanzlerin im Wahlkampf mit den Missständen in der Pflege konfrontierte und damit eine große Öffentlichkeit erreicht hat.

Pia Zimmermann (Pflegepolitische Sprecherin): Alexander Jorde sprach vor zwei Wochen auf unsere Einladung hin auch als Einzelsachverständiger in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses. Dort ging es um unsere Forderungen nach Sofortmaßnahmen gegen den Pflegenotstand. Er beschrieb anschaulich, woran es mangelt und was zu tun sei, und konnte seine Kritik mit aktuellen Zahlen untermauern. Leider sind die Verantwortlichen in der Regierung weitgehend beratungsresistent und versuchen, den flächendeckenden Notstand in der Pflege mit Trostpflastern zu bekämpfen.

Das klingt ja nicht sehr optimistisch. Dabei ist von der Pflegemisere doch in allen Medien und auch in den Auftritten des neuen Gesundheitsministers die Rede.

Pia Zimmermann: Viel versprochen wird schon lange. Am Ende hat sich leider wenig getan. Die Arbeitsverdichtung wächst und Leiharbeitsverhältnisse nehmen zu. Pflegekräfte sind überdurchschnittlich oft krank. Familien mit Pflegebedarf zahlen mehr, während die

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Versorgung schlechter wird. Im Koalitionsvertrag ist von einer „Pflegeoffensive“ und von einem „Masterplan Pflege“ die Rede. Klingt ganz gut, aber wer soll das bezahlen? Wieder die Normalverdiener mit ihren Pflegeversicherungsbeiträgen? Oder endlich auch die Besserverdienenden und Vermögenden, indem sie in die Pflegeversicherung einzahlen. Da fühlt man sich von den Koalitionsversprechen doch verschaukelt.

Sahra Wagenknecht: Die GroKo weiß, dass die Finanzierung der Pflege umgebaut werden muss. Die Mehrheit der Bevölkerung würde davon profitieren. Eine Pflegeversicherung, die dazu führt, dass Menschen am Ende auf Sozialhilfe angewiesen sind, wollen die meisten Menschen nicht. Das betrifft ja nicht nur die pflegebedürftigen alten Menschen, sondern auch ihre Angehörigen, die von der Politik viel stärker unterstützt werden müssen. Gute Pflege darf es nicht nur für Reiche geben, sondern für alle Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Mit einer anderen Steuer- und Sozialpolitik wäre dies auch finanzierbar. Es ist doch bezeichnend, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung eine Vermögenssteuer für sehr Reiche befürwortet. Außerhalb der LINKEN hat jedoch keine einzige Partei den Mut, eine entsprechende Steuer zu fordern.

Viele Menschen haben Angst, im Alter auf Pflege angewiesen zu sein...

Sahra Wagenknecht: Natürlich fürchtet jeder Mensch, nicht mehr selbständig leben zu können. Noch schlimmer aber ist, fürchten zu müssen, notwendige Unterstützung in dieser Zeit nicht erhalten oder nicht bezahlen zu können. Pflege kann jede und jeden doch sehr schnell betreffen, auch als Angehörige. Und die Unsicherheit der Menschen wächst mit jeder Reform. Sie brauchen nicht noch mehr Gesetze und Verordnungen, die sowieso keiner mehr versteht. Sie brauchen gute Pflegeangebote sowie motivierte, gut ausgebildete und gut bezahlte Pflegekräfte. Stattdessen erleben die Menschen, dass Pflegekräfte den Beruf verlassen und vieles schlechter, vor allem auch teurer wird.

Pia Zimmermann: Ja, das stimmt, die Kosten für die Pflege steigen dramatisch. Das liegt auch an den sogenannten Pflegestärkungsgesetzen aus den vergangenen Jahren. Vor allem die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen steigen drastisch. Bis zu 700 Euro müssen die Leute im Monat mehr an Heimkosten bezahlen.

DIE LINKE hat dagegen einen Antrag (PDF) in den Bundestag eingebracht, in dem eine Deckelung der Eigenanteile gefordert wird. Das wäre ein erster Schritt in die Pflegevollversicherung, die wir als einzige Fraktion anstreben. Alle pflegebedingten Leistungen sollen von der Pflegeversicherung bezahlt werden, weil gute



Pflege nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf. Familien mit Pflegebedarf dürfen nicht gegen Pflegekräfte ausgespielt werden, indem behauptet wird, wegen tariflicher Bezahlung der Pflegekräfte müssten die Heimkosten steigen. Zu unserem Antrag wird es am 04. Juni eine öffentliche Anhörung im Gesundheitsausschuss geben. Das ermutigt hoffentlich zu weiteren Aktionen – auch über den Tag der Pflege hinaus.

www.linksfraktion.de

Gründung der Landesgruppe Ost in der Linksfraktion im Bundestag

MdB Dietmar Bartsch, MdB Matthias Höhn



Ostbeauftragter MdB Matthias Höhn; Foto: privat

„Die erste Aufgabe der Landesgruppe besteht darin, die Perspektiven der ostdeutschen Länder zu bündeln und ihnen innerhalb der Fraktion und darüber hinaus Gewicht zu verleihen. DIE LINKE war und ist die einzige Fraktion, für die die Interessen der Ostdeutschen zentrales Anliegen sind“,

erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch. Gestern Abend hat sich erstmals eine Landesgruppe Ost innerhalb der Linksfraktion konstituiert. Zum Sprecher wurde einmütig der Ostbeauftragte der Fraktion, Matthias Höhn, bestimmt. Die Landesgruppe besteht aus

den 26 Abgeordneten, die über die ostdeutschen Landeslisten und Berlin beziehungsweise direkt in den Bundestag gewählt wurden.

Matthias Höhn erklärt zur Gründung: „Der Osten spielt für die Bundesregierung immer noch eine untergeordnete Rolle - zu wenig Bosse, zu wenig Unternehmen, zu wenig Wähler aus Sicht der westdeutschen Parteienlandschaft. Im Moment belässt es die Bundesregierung bei Aufrufen nach mehr Selbstbewusstsein der Ostdeutschen. Aber symbolische Aufrufe helfen im Osten niemandem und werden auch nicht verfangen. Es braucht eine nachhaltige Förderung, endlich Lohn- und Rentengerechtigkeit, Karrierewege und Identifikationsmöglichkeiten für Ostdeutsche und eine wirksame Sicherung vor Armut in Familien und im Alter. Selbstbewusstsein braucht eine reale Grundlage, sonst wird es grotesk oder im Zweifel gefährlich. Bleibt der Osten weiter abgehängt, wird er sich weiter von demokratischen Verfahren entfremden.“

DIE LINKE – Partei in Bewegung

Friedrich Schütz

Auszüge aus dem Leitartikel des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 6. Parteitag

Die Gesellschaft ist im Umbruch. Europaweit vermischen sich Rechtspopulismus und die extreme Rechte. In diesen Zeiten des Rechtsrucks kommt der LINKE eine besondere Verantwortung zu. Denn die Würde des Menschen steht in Frage und mit ihr die Demokratie, in der die Menschenwürde unantastbar sein sollte. Die Freiheitsrechte und der soziale Zusammenhalt wurden angegriffen und mit ihnen die Solidarität.

Wir nehmen den Kampf um neue, fortschrittliche und linke Mehrheiten auf. Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen. Wir kämpfen gegen Rassismus, Nationalismus und gegen Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit, die durch neoliberale Politik entstanden sind. Wenn die herrschende Politik sich nicht bewegt, müssen wir die Politik bewegen, als Partei der Bewegung. Wir zeigen, dass es gemeinsame Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Lande gibt. Und gemeinsame Gegner, die Superreichen und Konzerneigentümer. 100 Jahre nach der deutschen Revolution, 200 Jahre nach Marx' Geburt erinnern wir daran. Gesellschaft wird von unten verändert. Von den vielen Menschen, die sich mit den Gegebenheiten nicht mehr abfinden und ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Wir gehören zu ihnen.

Viele Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, dass ihre täglichen Sorgen im Mittelpunkt von politischen Entscheidungen stehen könnten. Das ist der Hintergrund für die Krise der „Volkspartei“, die Krise des politischen Systems.

Die SPD stellt den Koalitionsvertrag als Neuanfang dar. Tatsächlich werden an keiner Stelle die Voraussetzungen des neoliberalen Kapitalismus verschoben. Der Koalitionsvertrag spricht in warmen Worten über Europa. Aber was die Regierung vorhat, löst nicht die Krise in Europa.

Die Regierungskoalition ist nach rechts gerückt. CDU und CSU haben sich durchgesetzt in Sachen Militär, innere Sicherheit, beim Aufbau der Überwachung der Bevölkerung.

Mit den alten Verfechtern der Agenda 2010 kommt kein höherer Mindestlohn, kein Ende der sachgrundlosen Befristungen, mehr Midijobs und damit prekäre Beschäftigungen, keine Umwandlung von Leiharbeit in gute Arbeit, keine armutsfeste Rente, keine Erhöhung der Harz-IV Regelsätze.

Was kommen wird: eine Obergrenze für Geflüchtete und damit ein Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention, ein Einknicken vor AfD und CSU, keine Abrüstung, sondern Aufrüstung. Die schwarze Null wird weiter zementiert werden. Durch das politische System weht weiter der Geist von Anpassung und Akzeptanz der Gegebenheiten.

Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt, müssen wir bereit sein, Konflikte einzu-

gehen und über das Bestehende und den Kapitalismus hinaus zu denken.

Was sich geändert hat: Der Sozialdemokratie sind nach links und rechts die Anhänger wegelaufen. Nach Jahren der Mehrheit von SPD, Grünen und LINKE im Parlament gibt es diese Mehrheit heute nicht mehr. Wir müssen um andere gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen.

Die Lust auf Veränderung, der Glaube, selbst etwas verändern zu können, die Hoffnung auf eine Welt, in der die Menschen wichtiger sind als Profite, sind lebendig. Sie leben in tausenden und abertausenden Menschen, die in Bewegungen und Initiativen aktiv sind. Aus diesen Bewegungen sind wir entstanden. Veränderung wird es nicht geben, ohne dass wir gemeinsam Druck machen, uns bewegen und die Verhältnisse in Bewegung bringen. Dann können wir auch wieder über linke Mehrheiten im Bundestag sprechen.

Der Erfolg der Rechten gedeiht auf dem Nährboden von sozialer Kälte und Rassismus, auf der Aushöhlung der Demokratie und der Verarmung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wer die Rechten bekämpfen will, darf ihren Forderungen und ihren Redeweisen nicht nachgeben.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Sie haben Recht. Aber immer war es Mittel der Herrschaft, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen. Unser Kampf gilt dem Kapitalismus, der die Menschen in Konkurrenz gegeneinander stellt. DIE LINKE zeigt, dass es gemeinsame soziale und ökonomische Interessen gibt. Und gemeinsame Gegner. Die Grundfesten einer sozialen und demokratischen Gesellschaft müssen neu hergestellt werden. Für eine soziale, friedliche und gerechte Gesellschaftsordnung brauchen wir einen grundlegenden Richtungswechsel. Wir streiten für einen demokratischen Sozialismus, in der Bedarf von Menschen und Natur und nicht von Konkurrenz und Profit Triebfeder der Entwicklung sind. Wir haben im letzten Jahr ein Wahlprogramm verabschiedet, das die Grundlage für unsere Arbeit in den kommenden Jahren sein wird. Sechs Kampffelder werden wir besonders in den Vordergrund stellen:

1. Den Kampf um mehr Zeit zum Leben und dass das Recht auf gute Arbeit zu einer Normalität wird. Wir verbinden uns mit denen, die eine 30 Stunden-Woche auf die Agenda setzen, mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Wir kämpfen für Personal statt Dauerstress.

2. Wir verteidigen die sozialen Garantien des Lebens. Wir verbinden uns mit allen, die Ungleichheit bekämpfen und Armut abschaffen wollen. Mit allen, die für eine armutsfeste Rente streiten.

3. Wir kämpfen für gerechte Teilhabe für alle, die hier leben, gegen Rassismus und Dis-

kriminierung. Wir stellen uns gegen eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts und wollen das Asylrecht ausbauen.

4. Wir kämpfen für eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Menschen vor Profite stellt und Demokratie stärkt. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum und dafür, dass jährlich 250000 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen. Wir kämpfen für 100000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern, für mindestens 40000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege.

5. Wir wollen einen sozial gerechten und ökologischen Umbau der Wirtschaft und einen wirksamen Klimaschutz. Investitionen in Bildung, Erziehung, Gesundheit, Infrastruktur und Digitalisierung verbessern den Alltag und schaffen Arbeitsplätze. Statt auf Exportüberschüsse setzen wir darauf, den Binnenmarkt zu stärken.

6. Zusammen mit allen, die sich für Frieden einsetzen, streiten wir für das Verbot von Waffenexporten und Atomwaffen. Wir kämpfen für Abrüstung statt Aufrüstung und gegen die Pläne, die Ausgaben für Rüstung und Militär annähernd zu verdoppeln.

All das kann nur erreicht werden, wenn es einen wirklichen Richtungswechsel gibt. Dafür brauchen wir einen gesellschaftlichen Aufbruch. Den werden wir auf den Weg bringen.

Und wir werden uns mit allen verbinden, die die Gesellschaft sozialer und gerechter machen wollen.

Partei und Bewegung sind kein Gegensatz. Wir sind eine Bewegungspartei. Wir setzen auf die vielen die in der Gesellschaft etwas bewegen wollen. Wir kämpfen für gute Wahlergebnisse.

Wir laden alle ein, mit uns die Kämpfe zu führen. In der LINKEN und mit der LINKEN. Wir sind die soziale, ökologische, friedliche und demokratische Alternative. Wir sind die Partei in Bewegung.

200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse; also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft.“

Meine letzte Sitzungswoche im Bundestag

MdB Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Wer denkt in Haushaltswochen haben die Parlamentarischen Geschäftsführer, die ja anders als die Fachpolitiker*innen keinen inhaltlichen Geschäftsbereich betreuen, nicht viel zu tun, der irrt. Diese Sitzungswoche hatte es wieder einmal in sich, brachte aber auch etliche erfreuliche Termine und Erfolge mit sich. Neben den regelmäßigen Sitzungen der Fraktion, die aufgrund der Haushaltswoche diesmal alle bereits am Montag stattfanden, konstituierte sich am Dienstag unsere neue ‚Landesgruppe Ost‘, bestehend aus den 26 Abgeordneten, die über die ostdeutschen Landeslisten und Berlin beziehungsweise direkt in den Bundestag gewählt wurden. DIE LINKE war und ist die einzige Fraktion, für die die Interessen der Ostdeutschen zentrales Anliegen sind. Während der Osten für die Bundesregierung immer noch eine untergeordnete Rolle spielt, wird unsere Landesgruppe daran arbeiten die Perspektiven der ostdeutschen Länder zu bündeln und ihnen innerhalb der Fraktion und darüber hinaus Gewicht zu verleihen.

Nach der Einsetzung der Bundestagsausschüsse, die wir durchgesetzt haben, obwohl andere damit gerne bis nach der Regierungsbildung gewartet hätten, und der Einsetzung eines eigenständigen Bauausschusses hat DIE LINKE nun in dieser Sitzungswoche bereits den dritten Punkt parlamentarischer Reformen in dieser Wahlperiode durchgesetzt: Die regelmäßige Kanzlerinnenbefragung.

Bereits im Juni wird sich Angela Merkel nun den Fragen im Plenum stellen

müssen. Wir hatten das schon zum Beginn der Wahlperiode gefordert, denn es geht wirklich nicht an, dass es eine Befragung der Bundeskanzlerin lediglich in der Bundespressekonferenz gibt. Die Befragung der Kanzlerin ist ein Schritt in die richtige Richtung, dabei dürfen wir aber nicht stehenbleiben. Wir brauchen jetzt eine große Parlamentsreform, die mehr Akzeptanz und Vertrauen in die Arbeit des Parlamentes mit sich bringt. Wir brauchen öffentliche Ausschusssitzungen und wir müssen endlich ein Lobbyistenregister hinkommen, damit die Menschen exakt nachvollziehen können, welche Unternehmen und welche Wirtschaftsvertreter Einfluss auf die Politik nehmen. Ich hatte in der letzten Ausgabe der Bernburger Linken unsere Forderungen dazu bereits ausführlicher geschrieben und daran werden wir weiter mit Nachdruck arbeiten.

Im Mittelpunkt der Haushaltswoche standen natürlich die Etat-Pläne der Bundesregierung. Schwarz-Rot hätte alle Chancen der Welt, Deutschland zu einem innovativeren und gerechteren Land zu machen. Aber stattdessen wird der Militäretat mehr als großzügig aufgestockt und im Gegenzug bleiben die Ausgaben für dringend notwendige Investitionen auf kläglichem Niveau. In der Generaldebatte wurde deutlich, dass die GroKo keine Initiativen für den sozialen Zusammenhalt im Land auf den Weg bringen wird. Auch wenn die SPD von Zeit zu Zeit verbal durchaus auf Krawall macht, ist von ihr keine Politik, die das Rückgrat besitzt, auch Interessenkonflikte mit mächtigen

gen, einflussreichen Lobbys und Interessengruppen durchzustehen, zu erwarten. Eine Politik, die endlich wieder das tut, was ihr Auftrag in einer Demokratie ist – nämlich eine Politik für die Mehrheit zu machen und nicht nur für die Reichen, darum müssen wir uns weiter selber kümmern.

Als 1. PGF kann man im Hintergrund viele Dinge regeln oder anschieben. In dieser Woche gehörten u.a. die seit Jahren anhaltenden Probleme im Zusammenhang mit Angriffen und Beschädigungen von Wahlkreisbüros dazu, die ich intensiv mit den zuständigen Stellen innerhalb der Bundestagsverwaltung erörterte. Natürlich stand auch wieder ein dreistündiger Plenumsdienst auf der Tagesordnung. Das bedeutet, dass ich während der Haushaltsberatungen für die Fraktion im Plenum dafür verantwortlich bin, dass unsere Redner*innen genügend Unterstützung durch die Fraktion erhalten und wir, wie in der Fraktionsitzung beschlossen, abstimmen. Außerdem hatte ich Gelegenheit etliche spannende Einzelgespräche mit Journalistinnen und Journalisten zu führen, diverse Gremiensitzungen zu besuchen, darunter der Ältestenrat und mich in mehreren Beratungen der Parlamentarischen Geschäftsführer*innen auszutauschen. Mit den PGF-Kolleg*innen der LINKEN in den Ländern geht das allerdings nur per Telefonkonferenz.

Alles in allem war das eine ziemlich intensive, aber auch erfolgreiche Arbeitswoche. Es war aber gut, dass danach das lange Pfingstwochenende kam.

Erklärung zum Sachsen-Anhalt Monitor 2018

Andreas Höppner, Landesvorsitzender



Der Landesvorsitzende Andreas Höppner; Foto: privat

Zum Sachsen-Anhalt Monitor 2018 und der damit erstmals verbundenen Sonntagsfrage im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung erklärt der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt Andreas Höppner:

Erstmals wurde mit dem Sachsen-Anhalt Monitor in diesem Jahr auch eine repräsentative Wahlumfrage in Sachsen-Anhalt

erhoben. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt kommt dabei auf knapp 20 (19,6) Prozent der Wählerstimmen und wäre damit zweitstärkste Kraft. Mit diesem positiven Trend sehen wir unsere Arbeit bestätigt. Konsequente Haltung und konstante Bemühungen für und mit unseren Positionen den gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten, tragen Früchte und bringen uns dem Ziel 20 Prozent plus einen großen Schritt entgegen.

Wir sind zufrieden mit dem Ergebnis, welches auch verdeutlicht, dass wir wieder einen festen Stand in Sachsen-Anhalt haben. Für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bedeutet dieses Ergebnis aber auch weiter offensiv zu werben und mit unseren Positionen und Konzepten zu überzeugen.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 stellt eine umfangreiche Momentaufnahme der aktuellen politischen Verhältnisse und

Stimmung im Land dar. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass in vielen Bereichen eine positive Entwicklung im Bezug zu den vergangenen Befragungen festzustellen ist. Bei den Fragen zum Vertrauen in die Politik und die Demokratie ist jedoch ein Abwärtstrend zu verzeichnen, so lassen sich aktuell 36 Prozent (5 Prozent weniger als 2015) der Befragten als »zufriedene Demokraten« einordnen. Die Zahl der »systemkritischen Demokraten« und die der »politikkritischen Demokraten« sind jeweils moderat gewachsen, von 32 auf 35 Prozent bzw. von 23 auf 28 Prozent der Befragten.

Eine Antwort auf diese Entwicklung muss ein Höchstmaß an Transparenz im politischen Handeln und die Möglichkeit der Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt an demokratischen Prozessen sein.

Ehrfurcht vor dem großen Meister

Gedanken zur Marx-Feier der LINKEN am 4. Mai 2018 in Bernburg

Roland Claus, Mitglied des Landesvorstandes

Zuerst vielen Dank all denen, die zum Gelingen unserer Ehrung beigetragen haben. Die Tische haben sich nicht von selbst mit Speis und Trank bedeckt. Die Bänke und die Bühne sind fachkundig bewegt worden und eine so gute Beschallung hat man auch nicht alle Tage. Geld hat es auch gekostet, danke den Spender/innen und dem weisen Kreisvorstand.

Dass wir als LINKE zum 200. Geburtstag von Karl Marx eingeladen haben, das wurde wohl erwartet, selbst von der politischen Konkurrenz. Gut aber auch, dass wir als Partei mit Karl nicht allein waren. Die Bernburger Marktbesucher/innen konnten uns gut hören und sehen. Den Frauen vom Hohenerxlebener Theatrum sei herzlich gedankt, dass sie mit Theaterspiel und Gesang mittendrin dabei waren. Ja, und Wetter! Wetter können wir bekanntlich auch. Es war uns wichtig, dass wir uns mit Karl Marx nicht im Saal verkriechen, sondern auf dem Karlsplatz ganz bewusst den öffentlichen Raum gesucht und gefunden haben.

Für mich war faszinierend, wie die Lesenden sich intensiv vorbereitet haben und wie ihnen der Respekt vor dem Werk von Karl Marx so etwas wie „Ehrfurcht vor dem großen Meister“ auferlegt hat. Das war schon bei der Textauswahl zu merken, aber natürlich auch bei den Vorträgen. Parlamentserfahrenen Abgeordneten, gestandenen Kommunalpolitiker/innen, einem gut geschulten Radio-Mann (Dr. Winfried Bettecken), und überhaupt allen Beteiligten war auch immer etwas Lampenfieber anzumerken. Das gehört wohl auch dazu. Marx hat solches immer abgestritten oder gut versteckt, aber Jen-



MdB Jan Korte bei der Marx-Feier in Bernburg; Foto: privat

ny und Fred Engels wussten das besser.

Die Feier hat aber in besonderer Weise auch von der beeindruckenden Aufmerksamkeit des Publikums gelebt. Da war ja nicht gerade leichte literarische Kost zu verdauen. Und es wäre wünschenswert, wenn die Zuhörenden sich vorgenommen hätten, das Gehörte nochmals bei Marx nachzulesen. Ich wünsche mir, dass viele Beteiligte den Bernburger Nachmittag weitererzählten und glaube, wir haben da etwas richtig gut gemacht.

Und wir haben da noch so eine Idee: Am 10. Mai ist immer der Jahrestag der

Berliner Bücherverbrennung durch die vermeintlichen intellektuellen Faschisten im Jahr 1933. Heinrich Heine hat die Ereignisse, die den Bücherverbrennungen folgten, geistig vorweggenommen mit seinem Vers: „Dort wo man Bücher verbrennt, da verbrennt man eines Tages auch Menschen.“ In Berlin und anderswo wird an dieses Ereignis erinnert, indem aus den Werken jener gelesen wird, deren Bücher verbrannt wurden.

In diesem Sinne bis zum 10. Mai 2019 in Bernburg auf dem Karlsplatz.

LINKE-Kreistagsfraktion spendet für Warmisdorfer Sportverein

Ernst-Hermann Brink



Spendenübergabe auf dem Sportplatz; Foto: privat

Am Sonntagvormittag nutzte die Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE, Sabine Dirlich, in Begleitung der Fraktionsmitglieder Ernst Hermann Brink

und Klaus Magenheimer die Halbzeitpause des Spiels der D-Jugend, um dem Vorsitzenden des Warmisdorfer Sportvereins, Gunter von Kalnassy, eine Spende der Fraktion in Höhe von 500 Euro offiziell zu übergeben.

Die Fraktion unterstützt damit die entsprechenden Bemühungen des Sportvereins und vor allem seines Vorsitzenden, für die Spieler des Vereins und der vielen Gastmannschaften durch einen Neubau beste Bedingungen zu schaffen. Dabei steht vor allem die Sicherung des Spielbetriebs der vielen Nachwuchsmannschaften im Vordergrund. Mit den Mitteln aus dem Solidarfonds der Kreistagsfraktion soll der unmittelbar bevorstehende Bau-

start weiter abgesichert werden. Die linken Kreistagsmitglieder würdigen damit auch die engagierte Arbeit der Ehrenamtlichen. Der Vorstand und die Trainer des Warmisdorfer Sportvereins fördern mit ihrem großen Engagement die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Diese lernen Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und sich im Kollektiv einzuordnen. Durch das Training, aber auch die Spiele, entwickeln die Jugendlichen einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und Verantwortungsgefühl. Der Sportverein bietet fast 80 Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Auch dies ist Grund für die Unterstützung durch die linke Kreistagsfraktion.

Die LINKE am 1. Mai im Salzlandkreis dabei

Lothar Boese, Kreisvorsitzender; Klaus Magenheimer, Stellvertretender Kreisvorsitzender

Bernburg

Unter dem Motto „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“ fand die DGB-Maikundgebung in Bernburg wieder auf dem zentral gelegenen Karlsplatz statt. LINKE und SPD waren Mitveranstalter, auch finanziell, und präsentierten sich neben den Gewerkschaften ver.di und IG-BAU mit Infoständen: Auch die Grünen waren wieder vor Ort. Die übrigen Parteien hatten auf die Einladung des DGB wie üblich nicht reagiert.

Zu Beginn um 10 Uhr sorgte die Schalmeykapelle des Lebendorfer Musikvereins mit einem ausgiebigen musikalischen Programm für Aufmunterung. Nach der Begrüßung und Eröffnung der Kundgebung durch den DGB-Ortsvorsitzenden Friedel Meinecke hielt Sylke Teichfuß, Leiterin des Bezirks Halle-Magdeburg der IG-BCE, die Hauptrede. Darin ging es vor allem um die Missstände in der Arbeitswelt: ungleiche Bezahlung, Leiharbeit, befristete Jobs usw. Danach gab es politische Grußworte seitens der LINKEN durch den Kreisvorsitzenden Lothar Boese und seitens der SPD nochmals durch Friedel Meinecke, der neben seiner DGB-Funktion gleichzeitig auch SPD-Ortsvorsitzender ist.

Das anschließende Kultur- und Familienprogramm wurde durch die Mädchengruppen der bekannten Bernburger Tanzformation „Dance Collection“ gestaltet. Die Bernburger LINKE hatte wie immer die Hüpfburg vom Kreissportbund gemietet, die ausgiebig frequentiert wurde. Auch dank des sonnigen, allerdings recht kühlen Wetters war die Veranstaltung mit etwa 150 Teilnehmern noch recht gut besucht. Viele Familien mit Kindern nutzten das sportliche und kulturelle Angebot, so dass es eine gelungene Veranstaltung wurde.



Maikundgebung auf dem Bernburger Karlsplatz; Foto: privat



Politiktalk mit Sabine Dirlich und MdB Martina Michels; Foto: privat

Schönebeck

Die von der Teilnehmerzahl größte Veranstaltung war wieder die von der LINKEN organisierte und finanzierte Maifeier auf dem Bierer Berg vor den Toren der Stadt Schönebeck. Moderiert von Sabine Dirlich lösten sich von 11.00 bis 14.30 Uhr Musik, Tanz, Turnen, Kabarett, Polit-Talk und Polit-Quiz einander ab. Außerdem wurde der Schönebecker Oberbürgermeister Bert Knoblauch von Sabine interviewt.

Künstlerische und sportliche Akteure im Programm waren das Calbenser Popduo Spirit Flow (Gitarre und Gesang), Tänzerinnen und Turnerinnen des Vereins Union 1861 sowie des Bierer Karnevalsvereins in verschiedenen Formationen und Altersstufen, der Magdeburger Kabarettist Lars Johansen sowie der Klarinetist Jerzy Bojanowski von der Mitteldeutschen Kammerphilharmonie.

Auch die Politik kam nicht zu kurz. Die LINKE-Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Martina Michels aus Berlin, wurde interviewt und lenkte den Blick auf die im nächsten Jahr wieder stattfindenden EU-Wahlen. Auch der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn, und die Landtagsabgeordnete Eva von Angern waren anwesend. Nur das kühle Wetter bewirkte, dass bei dieser Traditionsveranstaltung der LINKEN die Teilnehmerzahlen der vergangenen Jahre nicht ganz erreicht wurden.



LINKE Infostand beim 1. Mai in Staßfurt; Foto: privat

Staßfurt

Für den Ortsverband und seine Stadtratsfraktion war es wiederum ein Muss zum 1. Mai öffentlich wirksam zu sein. Ein neuer roter Pavillon diente als Zentrum.

Mit einem Aktionsstand, Themenplakaten zu unseren politischen Forderungen waren wir wieder die einzige politische Kraft, die nicht Essen und Trinken in den Mittelpunkt des Wirkens stellten. Das Neue Deutschland, die Junge Welt, den Standpunkt von Jan Korte zur Ablehnung von Kriegen fand zahlreiche Abnehmerinnen und Abnehmer.

Das Glücksrad fand als Mitmachaktion wiederum regen Anklang und es bildeten sich häufig auch kleine Schlangen. Wir auch früher wurden gefragte Kleinartikel nicht einfach verteilt, sie mussten sich durch das Glücksrad erdreht werden. Ein Quiz über das Leben und Wirken von Karl Marx fand reges Interesse, fast 40 Passanten beteiligten sich. Die drei Preise werden in den kommenden Tagen an die Gewinner übergeben. Auch der Buchverkauf fand zahlreiche Interessierte.

Ein gut koordinierter Einsatz der Standbetreuung sorgte immer für ausreichende Präsenz und zu keiner Überforderung. Es sei allen auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

In den Vormittagsstunden fand auch der traditionelle Politfrühstopp am Löderburger See unter reger Beteiligung statt.

Kranzniederlegung in Bernburg

Dieter Jakscha, Mitglied im Ortsvorstand Bernburg

Zum 73. Mal jährte sich am 8. Mai der Tag der Befreiung. Auch in diesem Jahr trafen sich nahezu 20 Genoss*innen und Sympathisant*innen am Ehrenmal in Bernburg am Martinsplatz. Es wurden Kränze des Kreisverbandes DIE LINKE durch den Kreisvorsitzenden, Lothar Boese, sowie von Vertretern des Landesverbandes der KPD niedergelegt und der im Kampf gegen den Hitlerfaschismus Gefallenen gedacht.

In einer kurzen Rede erinnerte die Leiterin der Gedenkstätte Bernburg, Dr. Ute Hoffmann daran, dass die Zerschlagung des „Dritten Reiches“ für die Völker, die durch das NS-Regime unsägliches Leid erfahren mussten, wie auch für die Deutschen, die unter diesem Regime litten oder verfolgt wurden, eine Befreiung war, während für viele Deutsche dieser Tag aber auch eine Niederlage bedeutete. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass die NSDAP bei Reichstagswahlen zu Beginn der 30-er Jahre die Zustimmung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung zu ihren programmatischen Forderungen erhalten hatte. Ebenso mahnte sie, nicht zu vergessen, wie die nationalsozialistische Politik



Gedenken auf dem Bernburger Martinsplatz; Foto: privat

damals die Möglichkeiten der Demokratie nutzte, um ihre eigenen und zutiefst undemokratischen Ziele umzusetzen.

Wie aktuell klangen da Dr. Ute Hoffmanns Worte: „Über das Aufgreifen von Sorgen, Nöten und Ängsten großer Teile der Bevölkerung vermittelte die Propaganda der NSDAP vielen ihrer Wähler das Gefühl, dass jemand ihnen zuhört und ihre

Interessen vertritt – ein bewährtes Erfolgsmuster.“

Eine persönliche Anmerkung sei erlaubt; für mich bleibt der 8. Mai ein wirklicher Tag der Befreiung, da im Hitler-Staat Angehörige meiner Familie als Fremdarbeiter in der deutschen Rüstung arbeiten mussten oder wegen humanitärer Hilfe für Kriegsgefangene inhaftiert wurden.

Kranzniederlegung in Schönebeck anlässlich des 8. Mai

Sabine Dirlich, DIE LINKE Schönebeck



Gedenken in Schönebeck; Foto: privat

„Wie in jedem Jahr begehen wir den Tag der Befreiung. Wir sind nicht viele, aber wir vergessen in keinem Jahr das Gedenken an die Opfer des 2. Weltkrieges.“ So die einleitenden Worte von Roland Claus am Denkmal für die Opfer des Faschismus. Und doch ist für Roland Claus in diesem Jahr nicht alles wie immer. „In diesem Jahr haben wir es im Bundestag mit einer Fraktion zu tun, die unser heutiges Gedenken als Schuld kult abwerten wird,

die das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ begreift. Umso wichtiger wird uns dieser Tag. Wir müssen gerade jetzt an den Schwur der Opfer erinnern: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!“ Gerade jetzt, wo die Bundesregierung mit Frau von der Leyen als Verteidigungsministerin glaubt, die EU-Außengrenzen verteidigen zu müssen und dazu massiv aufrüsten will.

Leserbrief zum Echo-Eklat

Sabine Dirlich, DIE LINKE Schönebeck

Mag sein, dass Marius Müller-Westernhagen Recht hat. Die beiden „Musiker“ sind keine Antisemiten. Dazu brauchte es ein Mindestmaß an Kenntnissen und irgendeine Weltanschauung, sei sie auch noch so krude. Ich fürchte nur, dass hier zutage tretende Problem ist mit den Worten Ignoranz oder gar Dummheit nicht annähernd beschrieben.

Rap-Musik will provozieren. Unbedingt! Und das scheint in der heutigen Zeit nicht mehr ganz leicht zu sein. Nein! Ich verteidige die beiden – mir fällt das passende Schimpfwort ein, ich sollte es aber wohl nicht benutzen – NICHT! Ich klage eine Gesellschaft und eine öffentliche Meinung an, die in Teilen so gleichgültig und gleichzeitig so rabiat geworden ist, dass sich Nazi-Ideologie, Völkerhetze und Rassismus als Meinung tarnen dürfen und sogar in den Bundestag gewählt werden. Schließlich wurde diese Echo-Auszeichnung deshalb verliehen, weil zahllose und offensichtlich begeisterte Fans das umstrittene Album gekauft haben. Armes Deutschland!

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juni
recht herzlich**

Zum 93. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 88. Geburtstag
Margit Keller

Zum 87. Geburtstag
Wilfried Breithaupt

Zum 86. Geburtstag
Marianne Strauß

Zum 82. Geburtstag
Gerhard Wahl

Zum 75. Geburtstag
Wolfgang Haberstroh

Zum 70. Geburtstag
Manfred Bölke
Herbert Meyer

Zum 65. Geburtstag
Nora Schneider

Zum 60. Geburtstag
Jörg Matthias

**Wir gratulieren auch allen
anderen Leser*innen, die im
Juni Geburtstag haben.**



**DIE LINKE Staßfurt beim
Salzlandfest**

Am **16. und 17.06.2018** jeweils ab 11
Uhr in der Steinstraße: Infostand mit
Glücksrad, Politquiz und Bücherbasar.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre
nächsten Sitzung am **25.06.2018** um
18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94) durch.

„Kaffee mit LINKS“ in Bernburg

Am **13.06.2018 ab 16 Uhr** gibt es die
nächste Gelegenheit, im Bernburger
Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen
ins Gespräch zu kommen.

**„Das Land, Die Leute, DIE LINKE“ -
Landesparteitag am 23.06.2018**
Mehr Infos zur 3. Tagung des
6. Landesparteitages in Benndorf
gibt es auf
www.dielinke-sachsen-anhalt.de

Fest der Linken in Berlin
Am **23.06.2018** wird der Rosa-
Luxemburg-Platz in Berlin **ab 11
Uhr** wieder zum Festgelände mit
zahlreichen Bands, einem Kinderfest,
Podiumsdiskussionen, Ausstellungen,
Führungen und einem bunten Markt-
treiben. Mehr Informationen auf
www.fest-der-linken.de

LINKER Stammtisch in Bernburg
Der nächste LINKE Stammtisch im
Bernburger Wahlkreisbüro (Kleine Wil-
helmstraße 2b) findet am **26.06.2018
um 18 Uhr** statt. Zusammen mit dem
Christian Jethon (stellv. Fraktions-
vorsitzender der Kreistagsfraktion)
wollen wir mit allen Interessent*innen
über die Krankenhausversorgung im
Landkreis diskutieren.

Menschen vor Profite:

**Pflegenotstand
stoppen!**

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder
am **20.06.2018 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o

klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimaneutral auf Recyclingpapier
gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 22. Juni 2018.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 25. Mai 2018.**

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Christel Berndt

OV Staßfurt
Kreisvorstand



Nachruf

In stiller Anteilnahme
Karsten Watzke

OV Schönebeck
Kreisvorstand



Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst
ausgewogen aus allen Regionen des
Salzlandkreises berichten und sucht
deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-
Sitzung, Vorstandswahl, öffentlich-
keitswirksame Aktion, Berichte von
Mandatsträger*innen und Abgeord-
neten. Wir freuen uns über Beiträge
aus allen Bereichen. InteressentIn-
nen nutzen bitte die Kontaktdaten
der Redaktion (siehe unten).

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.